

Rother Schelln

ORTSVEREIN
ROTH

SPD

Redaktion: Markus Schaffer +++ Umsetzung: Markus Wölfel +++ V.i.S.d.P. (Außenseiten): Steven Gruhl

Ausgabe Frühjahr 2023

Kommentar

Insektenfressen

Mikro an, Hirn aus. Hubert Aiwanger legt los: „Wir stehen für Fortschritt, nicht für Weltuntergang, Frieren, Hungern oder Insektenfressen.“ Eigentlich eine Frechheit, dass das Bier in seinem Maßkrug vegan ist. Leider ist er halt nicht der lustige Loden-Clown aus Niederbayern, sondern ein grober Hetzer, dem die Argumente ausgehen, wenn er sich wirklich mit Fortschritt, Energieknappheit oder Ernährung beschäftigen sollte.

Der Fortschritt soll bittschön nur bei anderen stattfinden, für die Meg-Energieverbraucher in Bayern sollen lieber die Norddeutschen den Strom und Wasserstoff produzieren - „...sonst verlassen die energieintensiven Firmen Bayern in Richtung Amerika.“

Sein Schmarrn aus Deggendorf ist auch kein würziges Stammtischgerede mehr. Wer Frieren oder Hungern herbeifantasiert und die Bundesregierung dafür verantwortlich macht, verdreht die Wahrheit und will unser Land mutwillig schlechtreden. Und die Nöte der wirklich Armen in Deutschland sind ja eh wurscht. Vorschläge, Maßnahmen, Ziele: Fehlanzeige!

Auch im Landtag ist der hetzende Ton angekommen. Wie sein Chef versteigt sich Florian Streibl (FW) in maßlosem Gequatsche: Die Bundesregierung sei eine schlimmere Heimsuchung als Pandemie, Krieg und Inflation. Ich schlage vor, dass Streibl seine Wohnung mit einer ukrainischen Familie in den umkämpften Gebieten tauscht. Dann hätte er das Schlimmste hinter sich und wir könnten uns wieder echtem Blödsinn widmen: Wir gründen eine Hilfsorganisation für die Zehntausenden, die von der EU zum Verzehr von Insekten-schäferla gezwungen wurden.

Markus Schaffer

Wann eine Patientenverfügung hilft

Roth – Betreuung, Vollmacht und Patientenverfügung sind Hilfsmittel, wenn Personen nicht mehr allein entscheiden können. Pflegedienstleiter Dominik Süß, der auch Mitglied im Rother SPD-Vorstand ist, erklärte beim SPD-Stammtisch die Möglichkeiten und Grenzen solcher Vereinbarungen.

Während die Patientenverfügung sich auf Behandlung und akute medizinische Maßnahmen bezieht, kann man mit einer Vorsorgevollmacht regeln, wer die Angelegenheiten übernehmen soll, wenn man selbst nicht mehr entscheiden kann. In einer Vollmacht können Ja/Nein-Regelungen für alle möglichen Angelegenheiten getroffen werden, wenn eine Person nur bestimmte Entscheidungen abgeben möchte.

Dominik Süß, der als Pfleger in Klinik und Pflegeheim tätig war, zeigte anhand lebensnaher Beispiele, was beim Abschluss solcher Vereinbarungen zu beachten ist und welche formalen Schritte nötig sind. Damit eine Patientenverfügung auch im akuten Fall sicher angewendet wird, muss sie den jeweils Pflegenden natürlich bekannt und genau formuliert sein. Am besten ist es, wenn Regelungen der Patientenverfügung im Beisein der Pflegenden abgefasst werden und man sicher sein kann, dass die betroffene Person ihren Willen genau geäußert hat. Den Pflegenden muss in einer bedrohlichen Situation eine schnelle, sichere Entscheidung ermöglicht werden. Es darf auch nicht zu einer Überforderung von Angehörigen kommen, plötzlich und unvorbereitet entscheiden zu müssen. Dominik Süß konnte dazu (anonymisiert) reale Situationen schildern, die solche Probleme sichtbar machen.

Im Anschluss an den Vortrag beantwortete der Referent weitere Detailfragen der Gäste des SPD-Stammtisches.

Markus Schaffer



BEN SCHWARZ – unser Landratskandidat!

Weiter auf Seite 2! >>>

Ein seltenes Jubiläum im Ortsverein Eckersmühlen

Der Ortsverein Eckersmühlen konnte Mitglieder ehren, die nun schon seit mehr als einem halben Jahrhundert in der SPD sind:

Dieter Seitz blickt auf 55 Jahre Mitgliedschaft zurück, Kirsten Kandert, Adolf Lahm und Klaus Lewey feierten ihr 50-jähriges Jubiläum.

Ortsvereinsvorsitzender Peter Ulrich dankte den Jubilaren, die Anfang der 70er als junge Menschen beitraten für die Treue zur SPD. Klaus Lewey ist seit vielen Jahren weiterhin als Schriftführer im Vorstand der Eckersmühlener SPD tätig.

Peter Ulrich ließ in seiner Würdigung die großen politischen Ereignisse von 1972 Revue passieren. Probleme und Themen, die auch heute noch die Politik herausfordern: Der Club of Rome veröffentlicht seine Studie „Die Grenzen des Wachstums“. Die Volksrepublik China wurde im Jahr zuvor in die UNO aufgenommen. Einiges davon, was die neuen SPDler damals als Tagespolitik erlebten, ist heute Geschichte, z.B. die verbesserten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR durch das Transitabkommen und den Grundlagenvertrag.

Peter Ulrich



www.spd-roth.de

SPD unterstützt Volksbegehrung „Radentscheid Bayern“

Über 100.000 Menschen haben im Freistaat 2022 für die Zulassung des Volksbegehrens zur Verbesserung des Radverkehrs unterschrieben - viermal mehr als erforderlich!



- Der Radverkehrsanteil am Gesamtverkehr soll bis 2030 bayernweit 25 Prozent betragen.
- Der große Sanierungsstau bei der Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur muss behoben werden. Bei allen Baumaßnahmen und Sanierungen wird eine bedarfsgerechte, sichere und möglichst kreuzungsfreie Radverkehrs-führung geplant, die die Bedürfnisse z.B. von Lasten- und Spezialradfahrenden mitberücksichtigt.
- mehr Sicherheit für die verletzlichsten Verkehrsteilnehmer, z.B. durch Tempobeschränkungen und klar vom Kfz-Verkehr getrennte Fuß und Radwege
- Verbesserung der Abstellanlagen, Radinfrastruktur und Radmitnahme im ÖPNV
- Die seit vielen Jahren versprochenen kreuzungsfreien Radschnellverbindungen müssen endlich Realität werden.
- siehe auch <https://radentscheid-bayern.de/ziele>

Leider hat das Bay. Innenministerium am 10. März den Antrag nicht zugelassen. Das Radentscheid-Bündnis rechnet damit, dass der Verfassungsgerichtshof das Volksbegehrung trotzdem zulässt und es noch vor der Landtagswahl stattfindet. Damit das Volksbegehrung Erfolg hat, müssen dann rund eine Million Landtagswahlberechtigte in ihrem Rathaus für den Radentscheid Bayern unterschreiben.

Markus Schaffer



SPD-Bundestagsabgeordnete in Roth Wie geht es weiter nach der Energiekrise?

Roth – MdB Dr. Matthias Miersch war zu einem Informationsabend nach Roth gekommen. Der für Energie und Klimaschutz zuständige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag diskutierte die Energiewende mit seinem Kollegen Jan Plobner, Dr. Gerhard Brunner (Stadtwerke Roth) und einem engagierten sachkundigen Publikum.

Energiewende – ein Kraftakt

Über 50 Bürgerinnen und Bürger waren zu AWO „Auf Draht“ gekommen, wo zuerst Dr. Brunner darstellte, wie in der Stadt Roth bzw. in Bayern bis 2040 Klimaneutralität erreicht werden kann. Neben dem schnellen Ausbau der Solar- und Windenergie müssen Netze verstärkt und Umspannwerke erneuert werden. Zur Speicherung braucht es Großbatterien und die Wasserstofftechnologie. Wohngebäude müssen schnell energetisch saniert und der Verkehr muss emissionsfrei werden.

Bayern muss mehr tun

„Insgesamt sind wir mithilfe der Entlastungspakete gut durch den Winter gekommen“, betonte MdB Jan Plobner. Es sei kurzfristig gelungen, Unabhängigkeit von russischem Gas zu erreichen. Das 49 €-Ticket sei auf den Weg gebracht worden, weil die SPD die Energiewende sozial gerecht gestalten wolle. Die Bundesregierung habe durch die Festlegung von Mindestflächen für Windanlagen auch für das zurückliegende Bayern den Weg vorgegeben.

Investieren, Ermöglichen und Vorgaben

„Es braucht einen starken Staat“, sagte Dr. Miersch. Für die anstehende riesige technische Revolution muss entschlossen investiert, müssen Genehmigungsverfahren erleichtert und eine aktive Industriepolitik betrieben werden. Viele Menschen wollen überzeugt werden und die Politik muss Konflikte mit konkurrierenden ökologischen Zielen wie dem Artenschutz lösen. Bürgerenergie und die Beteiligung kommunaler Unternehmen können erneuerbare Energien für die Menschen vor Ort attraktiver machen, während die Netze wieder in die Hand des Staates gehören. Wie andere Länder auch muss Deutschland den klimafreundlichen Umbau der Industrie fördern.

Netzausbau, solare Baupflicht, Wärmepumpen

Aus dem Publikum wurden in der Diskussionsrunde durchaus unterschiedliche Wege zur Energiewende vorgetragen. Wie weit soll der Netzausbau (noch) gehen? Wann kommt die solare Baupflicht? Holz aus USA und Rumänien? Welche kurzfristigen Lösungen gibt es für die Gebäude (kleinerer) Unternehmen? Wie soll Wasserstoff in Gebäuden und Fahrzeugen genutzt werden? Wie werden die Preise für erneuerbare Energien sozial gerecht gestaltet? Schon in der kleinen Runde zeigte sich, dass Kompromisse in einer Demokratie der einzige gangbare Weg sind. Miersch betonte, dass jeder Schritt problematische Verhandlungen mit sich bringe, auch wenn die Energiewende an sich breiter Konsens ist.

Markus Schaffer

